

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
Für ein Vierteljahr 1 Mk. 60 Pf. pro
Quartal.
Preis des Abonnementes
wird bei allen deutschen Buchhandlungen
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat des Jahres zusammen, im
März, April und Herbst, bezogen.
Kündigung nur auf den 1. Monat
des Quartals & 14 Tage.
Inserate
letz. Bestimmungen v. Seite 10 Pf.
letz. Verordnungen v. Seite 10 Pf.
letz. Seite 10 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 30.

Freitag, 8. December.

1876.

An die Parteigenossen!

Die Wahlen für den nächsten Reichstag sind endgültig auf Mittwoch, den 10. Januar des kommenden Jahres festgesetzt.

Parteigenossen, Ihr kennt Eure Pflicht!

Wahlberechtigt ist jeder Deutscher, welcher bis zum Tage der Auslegung der Listen das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Die Partei- und Gesinnungsgenossen haben darauf zu sehen, daß eine genaue Durchsicht der Wahllisten, sobald sie öffentlich ausliegen, stattfindet.

Jeder Wähler ist an dem Orte, wo er seinen Wohnsitz hat, in die Wahlliste einzutragen und hat das Recht, sich der Eintragung seines Namens zu vergewissern. Jeder, dessen Name am Tage der Wahl nicht in der Wahlliste steht, hat kein Stimmrecht; Reklamationen am Wahltage gelten gar nichts mehr.

Die Durchsicht ist am Besten zu organisieren, daß Einer das genaue Namensverzeichnis von möglichst vielen Gesinnungsgenossen anfertigt und dieses mit der offiziellen Liste vergleicht und diejenigen, deren Namen fehlen, sofort benachrichtigt, damit sie reklamieren.

Außerdem empfehlen wir den Parteigenossen, sofort bei den Ortsbehörden vorstellig zu werden, daß die Wahllisten auch an den betreffenden Sonntagen auf einige Stunden wenigstens zur Einsicht ausliegen.

Es ist wichtig, daß vorstehende Rathschläge von allen unseren Genossen gewissenhaft befolgt und weiter verbreitet werden.

Justiz und Geschäft.

Dame Justitia ist in unserer weltlichen Zeit eine Weibsbild geworden und hat Manieren angenommen, die in unsere moderne, „civilisirte“, bürgerliche Welt passen. Eigentlich heißt sie Justitia, abgekürzt Justiz; Gerechtigkeit; zum Glück ist die Bedeutung des lateinischen Namens dem Volk aber nicht klar, so daß es den Widerspruch zwischen Namen und Sache nicht immer bemerkt. Wir sagen zum Glück — denn § 130 würde nicht ausreichen, wenn's anders wäre, und die Justizhäuser müßten verheerend sein.

Der Dame selbst lastet dieser Widerspruch mitunter schwer auf der Seele, sie erinnert sich an das noblesse oblige, und, ihrer edlen Herkunft gedenkend, thut sie, was ihr Name erfordert. Es gehört das in die Kategorie jener Rüksälle in die ursprüngliche Natur, welche die Wissenschaft als „Atavismus“ bezeichnet.

Einen solchen atavistischen „Rüksall“ hatte vor Kurzem das preussische Obergericht, das durch Erkenntnis v. 27. September d. J. folgenden Rechtsgrundsatz feststellte:

„Die bei einem Kaufgeschäft erfolgte Vorspiegelung eines mehrbietenden Concurrenten, um den Käufer zur Zahlung eines den Werth des Gegenstandes übersteigenden Kaufpreises zu veranlassen, ist als Betrug resp. Betrugsversuch zu bestrafen.“

Bravo, Justitia! Wir fühlen uns beinahe versucht, dem preussischen Obergericht Alles abzubitten, was wir bisher über daselbe gedacht, gesagt und geschrieben haben, und was — wir gehen es offen — nicht gerade schmeichelhaft ist.

Es kann nichts correcter, nichts gerechter sein, als die Bestimmung, daß, wer seinen Mitmenschen durch falsche Angaben preßt, des Betrugs schuldig befunden und bestraft wird.

Wer, dessen Ehr- und Rechtgefühl noch nicht abgestumpft ist, kann dem Berliner Obergerichtsbescheid seine herzlichste Billigung versetzen?

Also jeder Kaufmann und jeder Privatmann, der ein Kaufgeschäft vollzieht, ist des Betrugs schuldig, wenn er dem Käufer vorspielt, daß ein Concurrent einen höheren Preis geboten habe oder biete.

Selbstverständlich — es bedarf das keiner näheren Motivierung — muß dieser Rechtsgrundsatz sich auch auf die Käufer ausdehnen und lautet dann:

Jeder Käufer, der dem Verkäufer einen weniger fordernden Concurrenten vorspielt, ist des Betrugs, resp. Betrugsversuchs schuldig.

A will dem B ein Haus verkaufen, und fordert von ihm 10,000 Thlr., ein Dritter, mit dem er aber das Geschäft nicht so gern abschließen will, habe schon 10,500 Thlr. geboten; und B antwortet, er wolle bloß 9000 Thlr. geben, ein gleich werthvolles Haus sei ihm von einem Dritten für 8500 Thlr. angeboten worden. In beiden Fällen ist das Angebot nur vorgetrieben zur Erlangung eines Geschäftsvorteils. Wohl: A und B sind nach dem Obergerichtsbescheid Betrüger und müssen in's Gefängnis marschieren.

Rechnen wir den Pferde- und Viehhandel. Der Pferdehändler C, der Bauer D wollen ein Pferd, einen fetten Schlachtkühen verkaufen, und sagen dem Lieutenant E, dem Fleischermeister F wahrheitswidrig, für das betreffende Pferd und den betreffenden Ochsen sei ihnen von einem Concurrenten ein höherer Preis geboten worden; so Lieutenant E und Fleischer-

meister F erwidern, gleichfalls wahrheitswidrig, ein ebenso gutes Pferd, und ein ebenso fetter Ochse sei ihnen zu billigerem Preis angeboten worden, nach dem Obergerichtsbescheid sind C, D, E und F des Betruges schuldig, und müssen hinter Schloß und Riegel gebracht werden.

Und so gehe man sämtliche Geschäftsfelder durch: den Handel, die Industrie in allen Abzweigungen, vom Börsenspiel und Großhandel, bis herunter zur winzigsten Kleinrämerei.

Kann aber bedenken man die Folgen, wenn der Obergerichtsbescheid in der Praxis durchgeführt wird!

Gibt es, so fragen wir, einen Kaufmann, großen oder kleinen, einen Industriellen, großen oder kleinen, der dann nicht des Betrugs schuldig befunden und in's Gefängnis gesteckt werden müßte? Nur Einen? Wir behaupten kühnlich:

Nicht Einen!

Und welcher Privatmann hätte nicht schon bei größeren oder kleineren Geschäften zu derartigen „Vorspiegelungen“ gegriffen? Sehr wenige!

Wo sollten die Gefängnisse herkommen? Ganz Deutschland müßte ein Justizhaus werden — ohne Uebertreibung.

Von zweien Eines:

Entweder der Rechtsgrundsatz des Obergerichtsbescheides wird durchgeführt, und sämtliche Geschäftsleute wandern ins Gefängnis; alles „Geschäft“ hört auf, aber die Gerechtigkeit triumphiert. Oder der Rechtsgrundsatz des Obergerichts bleibt ein „Stückchen“ Papier und das Geschäft triumphiert über die Gerechtigkeit.

Wir wetten 1000 gegen 1: Dame Justitia wird den „Rüksall“ in den primitiven Rechtsidealismus überwinden und — der Welt ihren Lauf lassen.

Der Stein der Weisen ist leichter zu entdecken, als die Grenzlinie zwischen „Geschäft“ und Betrug. Das hatte schon St. Simon begriffen, und die Berliner Obergerichtsräthe werden es lernen. Eigentlich ist's sonderbar, daß sie es nicht längst gewußt. Das Schicksal der Gesetze gegen Lebensmittel- und sonstige Verfälschungen hätte sie doch wahren sollen.

Nun, zum Lernen ist's nie zu spät.

Jedenfalls wird das „Geschäft“ den Berliner Obergerichtsbescheid überleben.

Und so lange die „beste der Welten“ zusammenhält, bleibt Merkur der Gott der Geschäftleute — und Diebe.

Die Schande Europas's.

ER hat gesprochen. Gesprochen über die orientalische Frage. Nicht feierlich, offiziell, im Reichstag, vor Europa — dazu war der Gegenstand für einen so großen Staatsmann und ein so großes Reich nicht wichtig genug — aber bei Bier und (Nordhäuser Frucht-) Branntwein, in der heiteren Bier- und (Nordhäuser Frucht-) Branntwein-Gespräch mit kniepseligen Gästen. Und wie hat ER gesprochen! Natürlich konnten die Worte nicht stenographisch aufgenommen werden, und so weichen denn die Berichte der kniepseligen Hrn. Zuhörer vielfach von einander ab, indes folgende, von dem ganz verzückten Professor Wiederemann besorgte „Zusammenstellung“ dürfte so ziemlich das Richtige treffen. Also:

„Fürst Bismarck bezog sich zunächst auf die Stelle der Thronrede, welche als Deutschlands Aufgabe die engsten Beziehungen zu allen Mächten, insbesondere aber zu den ihm „nachbarlich und geschichtlich näher stehenden“, und die Erhaltung des Friedens unter diesen, „sofern er bedroht werden sollte“, betonte, und er erläuterte diese Stelle dahin, daß unter den „Deutschland näher stehenden Mächten“ auch England begriffen sei.

„Deutschlands Aufgabe sei eine Friedensaufgabe; doch könne Deutschland nicht anderen Nationen einen „akademischen Rath“ ertheilen, um sie von einer Action zurückzuhalten, die sie in ihrem eigenen Lebensinteresse fänden, — eine Anspielung, die natürlich auf Rußland zielt (wie Hr. Prof. Wiederemann sehr scharfsinnig bemerkt).

„Ein Krieg zwischen Rußland und der Türkei scheint der Reichskanzler, wenn nicht als unvermeidlich, so doch als wahrscheinlich bezeichnet zu haben (nur in einem von allen Berichten finden sich die Worte: „an der Erhaltung des Friedens sei noch nicht zu verzweifeln“); dagegen erklärte er es für die Aufgabe Deutschlands, in solchem Falle dahin zu wirken, daß der Krieg „lokalisirt“, d. h. auf diese beiden Mächte beschränkt bleibe, und er scheint die Hoffnung zu hegen, daß dies geschehen werde, wenn es nämlich gelinge, einerseits England und Oesterreich in derselben streng neutralen Haltung zu erhalten, die Deutschland bewahren wird, andererseits Rußland zu bewegen, daß es dem Kriege möglichst enge Dimensionen gebe. Dann würden auch Frankreich und Italien dem Kriege fern bleiben, und dieser selbst werde nicht von langer Dauer sein.“

„Nach einiger Zeit werde dann für eine reichsamere Vermittelung sich Gelegenheit finden; zu einer solchen aber sei Deutschland deshalb vorzugsweise berufen und befähigt, weil man wisse, daß es selbst keinerlei Sonderinteressen in dieser Frage verfolge.“

„Bedenklich, meinte Fürst Bismarck, könnte die Lage dann werden, wenn unser Nachbarland Oesterreich unmittelbar in den Konflikt hineingezogen und wol gar in seinem Bestehen bedroht werden sollte. Deutschlands Verus würde es sein, für Oesterreichs Bestand und überhaupt für „die jetzige Landkarte Europas“ („im ganzen und großen“) einzustehen.“

„Dabei erging sich der Fürst in sympathischen Aeußerungen über Oesterreich und in ausführlichen Wärdelungen der bisweilen leichtthin (!) angestellten Vermuthung eines „Zerfalls“ dieses Staates.“

„Als beiläufige, theils erläuternde, theils berichtende Be-

merkungen finden wir in dem einen oder andern dieser Berichte noch folgende angeführt. Zerst einen Rath an Rußland zu ertheilen, meinte der Fürst, wäre mißlich, denn man könnte damit leicht die russische Nation gegen Deutschland verstimmen; das sei aber unter Umständen schlimmer als eine vorübergehende Differenz mit der Regierung. Welche Achtung vor dem Volk — in Rußland!

„Von England schien er weniger eine direkte Theilnahme an einem russisch-türkischen Kriege als eine indirekte (oder, wie er sich ausdrückte, „offiziöse“) Unterstützung der Türkei zu befürchten — ähnlich, wie es Rußland in Serbien gemacht.“

„Gegenüber gewissen in England verbreiteten Ansichten betonte der Fürst das unveränderte Fortbestehen des guten Verhältnisses zwischen den drei Kaiserhöfen (!). Die ihm selbst in den Mund gelegte Aeußerung betreffs einer Befehung Bulgariens durch Rußland und der eventuellen Haltung Deutschlands in solchem Falle (daß es Rußland entgegenzutreten werde), erklärte er (nach dem Berichte in der „Rölnischen Zeitung“) für unrichtig.“

„Für ungenau halten wir, was in den Berichten der „Magdeburgerischen Ztg.“ und der „Berliner Börzenzeitung“ angeführt wird: der Reichskanzler habe es für eine Hauptaufgabe Deutschlands erklärt, einen Zusammenstoß Rußlands und Englands in Asien zu verhindern. Eher müßten wir glauben, daß er im Gegentheil gesagt habe, ein solcher Konflikt sei für den allgemeinen Frieden milder gefährlich als ein Zusammenstoß beider Mächte in Europa. Die andern Berichte erwähnen überhaupt diesen Punkt nicht.“

So das Resumé der „Deutschen Allgemeinen Zeitung.“ Unter den Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers befindet sich nur Eine, die auf den ersten Blick auffallen könnte: die betreffend Oesterreich. Diese Järllichkeit hatte man von dem Urheber der „Stoß ins Herz“-Politik nicht erwartet, und als vorigen Sommer Hr. Miquel in Leipzig als Vertreter des Herrn Reichskanzlers von bevorstehenden mächtigen Ueberraschungen sprach, dachte er jedenfalls nicht an eine Ueberraschung zu Gunsten Oesterreichs. Bei genauerer Betrachtung verschwindet aber das Auffallende; Fürst Bismarck redet von der Eventualität, daß Oesterreich in seinem Bestehen bedroht werden sollte“, allein diese Eventualität ist für den Moment einfach eine Unmöglichkeit. Die Russen — und nur eine Bedrohung durch sie kann hier gemeint sein — denken nicht im Traum daran, Oesterreich jetzt anzugreifen, das wäre geradezu Tollheit! Das, worauf es ihnen ankommt, ist, daß sie von Oesterreich in ihrer civilisatorischen Raubmorderei nicht gestört werden. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß die Neutralität Oesterreichs für Rußland eine Lebensfrage ist. Und Oesterreich in derselben streng neutralen Haltung zu erhalten, die Deutschland bewahren wird“, ist ja Ziel der Bismarckschen Politik, wie Fürst Bismarck dies selber verkündet hat. Statt uns zu sagen, was das „Reich“ in einem unmöglichen Fall thun würde, wäre es besser gewesen, wenn er uns gesagt hätte, was Deutschland in dem sehr möglichen Fall, daß Oesterreich aus seiner Neutralität heraustreten sollte, zu thun beabsichtigt.

Das Schweigen über diesen Punkt ist berechtigt.

Mit Ausnahme der Oesterreich betreffenden Aeußerung, die jedoch nur scheinbar widerspricht, und die wir in Obigem auf ihren wahren Werth zurückgeführt haben, stimmt jedes von dem Herrn Reichskanzler gesprochene Wort genau mit unserer, wiederholt in diesen Blättern zum Ausdruck gebrachten Auffassung der Politik des Fürsten Bismarck und der von Deutschland gespielten Rolle überein. Den Krieg „lokalisiren“, d. h. England, Oesterreich, Frankreich am Eingreifen hindern, so daß Rußland ungehindert seine „Mission“ erfüllen kann — das ist genau die Politik, welche man in St. Petersburg von dem preussisch-deutschen Reich wünschlich muß.

Sogar der Paktus vom „Einsteigen für die jetzige Landkarte Europas“ wird sich der Billigung „Väterchens“ erfreuen, das vorläufig nicht darauf ausgeht, türkische Gebietsheile zu erobern, sondern die weit praktischere Politik verfolgt, die Herzegowina, Bulgarien und Bosnien in ein ähnliches Verhältnis zu der Türkei zu bringen, wie Serbien und Rumänien: erst die Zerlegung, dann die Zerlegung. All diese kleinen, vorläufig noch zum Schein der Türkei zugehörigen, in Wirklichkeit aber von Rußland abhängigen Zwergstaaten würden mit der Zeit den Moskowitern ohne Krieg in den Schooß fallen.

Nicht bloß gegen Frankreich und Oesterreich braucht Rußland die deutsche Rückendeckung, auch gegen Polen. Von Polen keine Silbe in der Tischrede des Herrn Reichskanzlers. Dafür erfahren wir aus zuverlässigster Quelle, daß für den Fall des Ausbruchs der Feindseligkeiten zwischen Rußland und der Türkei die Verletzung des 5. (Posen), 6. (Schlesien) und 1. (Preußen) Armeekorps in Kriegsbereitschaft beschlossene Sache ist. Diese Maßregel gilt Polen und bedurfte keines mündlichen Commentars seitens des Hrn. Reichskanzlers.

Uebrigens muß der Herr Reichskanzler in sehr gedrückter Stimmung gewesen sein, obgleich die Verrichter seiner „heiteren, lustigen Laune“ sein lassen. Wie gedrückt, ja wie demüthigt der Say: „Deutschland könne nicht anderen Nationen einen akademischen Rath ertheilen, um sie von einer Action zurückzuhalten, die sie in ihrem eigenen Lebensinteresse finden.“

Man vergleiche damit das stolze Wort Molle's vor vier Jahren:

„Ohne Erlaubniß Deutschlands kann kein Kanonenschuß mehr in Europa abgefeuert werden.“

Und heute darf Deutschland sich nicht einmal einen „akademischen Rath“ an Rußland erlauben!

Sie transit gloria mundi.

Die Todten reiten schnell.

Sozialpolitische Uebersicht.

Bei der zweiten Beratung der Justizgesetze stellte Hasselmann einen Antrag, dahin zielend, daß nach einer Hausfuchung oder Konfiskation dem Eigentümer alle diejenigen Gegenstände, deren Einziehung nicht richterlich beschloffen, zurückgegeben werden sollen, resp. Entschädigung dafür zu leisten sei. Der Antrag, welcher von Hanel in etwas anders formuliert wurde, fiel bei der Abstimmung mit 125 gegen 124 Stimmen. Dazu bemerkt ein Correspondent der „Frankf. Zeitung“: „Warum war aber auch kein Sozialdemokrat außer Herrn Hasselmann zur Stelle? Man darf wohl das Faktum registrieren, daß Herr Hasselmann der einzige Sozialdemokrat war.“ Die Sache erklärt sich sehr einfach: Durch irgend ein Versehen war es versäumt worden, die sozialdemokratischen Abgeordneten in Kenntniß zu setzen.

— **Faule Ausreden.** Ueber die in voriger Nummer besprochene „Wahlkreisgeometrie“, so weit sie Sachsen betrifft, schreiben die „Dressdener Nachrichten“, die mitunter zu halbamtlichen Kundgebungen benutzt werden:

„Wie wir hören, begegnet der nach den Meldungen der Blätter in den jüngsten Tagen an den Bundesrath gelangte Gesetzentwurf in Betreff der Abänderung mehrerer Reichstagswahlkreise, insoweit er sich auf die sächsischen Wahlkreise bezieht, mehrfach einer unrichtigen Beurtheilung. Wir sind in den Stand gesetzt, über die Beweggründe der betreffenden Abänderungen der Wahlkreise Folgendes mitzutheilen. Die sächsische Regierung hatte den Wunsch, schon für die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage den Erlaß eines Reichsgesetzes anzustreben, durch welches mit Rücksicht auf die nach der letzten Volkszählung bis auf 2,760,000 Einwohner gestiegene Bevölkerung des Königreichs Sachsen die nach dem Wahlgesetze begründete Erhöhung der Zahl der Reichstagsabgeordneten des Königreichs von 23 auf 27 festgesetzt würde. Die Erfüllung dieses Wunsches ist jedoch unthunlich gewesen, da nach einer Mittheilung des Reichsfinanzamtes nicht darauf gerechnet werden konnte, Gewissheit über die definitiven Ergebnisse der letzten Volkszählung so zeitig zu erhalten, daß für die gegenwärtige Session des Reichstags eine mit Rücksicht hierauf zu entwerfende Vorlage wegen Vermehrung der Abgeordneten möglich gewesen wäre. Dagegen war es thunlich, solche Änderungen in der Abgrenzung der Wahlkreise, welche durch die in den Gebieten einzelner Bundesstaaten inzwischen eingetretenen Umgestaltungen in der Eintheilung der Verwaltungs- und beziehentlich Gerichtsbezirke bedingt werden, schon jetzt zur Erledigung zu bringen. Da nun seit der Feststellung der Wahlkreise im Jahre 1870 im Königreich Sachsen wesentliche Veränderungen in der Eintheilung der Gerichtsbezirke, nach welchen bei uns die Wahlkreise abgegrenzt worden, insoweit eingetreten sind, als — von der Aufhebung zweier Bezirksgerichte abgesehen — 15 Gerichtsämter aufgehoben worden sind, so erschien es dringend erwünscht, eine veränderte Abgrenzung der Wahlkreise vorzunehmen. Denn die Bestandtheile der aufgehobenen Gerichtsämter sind fast durchgängig je mehreren der verbliebenen Gerichtsämter zugetheilt worden, so daß, wenn die jetzige Abgrenzung der Wahlkreise bestehen bliebe, vielfach die Ortschaften eines und desselben Gerichtsamtsbezirks verschiedenen Reichstagswahlkreisen angehören würden. Es ist aber einleuchtend und durch die bei den Landtagswahlen, bei welchen ähnliche Verhältnisse obwalteten, in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen bereits bestätigt, daß ein solcher Zustand für das Wahlgewicht vielfache Unzutraglichkeiten zur Folge haben muß und leicht zu Irrungen seitens der Stimmberechtigten sowohl als der Behörden führt. Im Hinblick auf die wegen der gestiegenen Bevölkerungszahl in Aussicht zu nehmende allgemeine Revision der Wahlkreiseintheilung hat man sich aber bei den gedachten Abänderungen auf das unbedingt Nothwendige beschränkt und von diesem Grundsatz nur eine einzige Ausnahme zur Ausgleichung einer ganz unverhältnismäßigen Ungleichheit der Bevölkerungszahl zweier benachbarter Wahlkreise gemacht. Es bedarf hiernach kaum der Bemerkung, daß irgend welche politische Motive bei der gedachten veränderten Abgrenzung der Wahlkreise nicht in Frage gekommen sind. Gewiß würde eine ähnliche Maßregel sich auch bezüglich der Wahlkreise für den Landtag empfehlen. Diefelbe begegnet aber hier erheblich größeren Schwierigkeiten, weil bei der zweiten Kammer der Ständeverammlung bekanntlich nicht wie beim Reichstage eine periodische Integrallerneuerung eintritt, sondern vor jedem ordentlichen Landtage nur ein Drittel der Wahlkreise zur Wahlurne gerufen wird.“

Die angeführten Gründe sind keinen Schuß Pulver werth. Daß man die Wahlbezirke möglichst mit Rücksicht auf die Verwaltungszirkel abgrenze, wollen wir als berechtigt anerkennen. Die Nachtheile, welche aus der Veränderung der sächsischen Verwaltungszirkel erwachsen, sind aber sehr geringfügiger Art und fallen gar nicht ins Gewicht gegenüber der tausendmal gewichtigeren und jeden Rechtsgrundlag verletzenden Thatsache, daß die Wahlbezirke im Allgemeinen sehr ungleich sind, und daß die Zahl der Wahlbezirke der Zahl der Bevölkerung nicht mehr entspricht. Wenn man solche Eile mit Beseitigung der Uebelstände hatte, dann müßte man doch zunächst dem bedeutendsten Uebelstand zu Leibe gehen. Statt dessen läßt man diesen gewöhnlich fortwähren und will Hols über Kopf einen relativ sehr harmlosen Uebelstand aus dem Weg räumen. Das hat ja keinen Sinn — freilich, wenn man bedenkt, daß die Beseitigung des großen Uebelstands den Sozialdemokraten zu Gut käme, die Beseitigung des kleinen dagegen eine Störung in die sozialdemokratische Wahlagitation zu bringen verspricht, dann wird die Sache klar.

Man merkt die Absicht und man wird — nicht verstimmt. Wir werden auch mit der Wahlkreisgeometrie fertig werden, zumal in Sachsen, wo es keine Landstriche giebt, in denen die Sozialdemokratie nicht Wurzel gefaßt hätte.

Uebrigens theilt man uns mit, daß der betreffende Gesetzesentwurf, der dem Reichstag bereits zugegangen ist, bei allen Parteien — wegen der Verwirrung, die er in die Wahlagitation bringt — auf Opposition stößt und wahrscheinlich abgelehnt werden wird.

— **Aus der besten der Welten.** In den „Leipziger Nachrichten“ vom vorigen Sonntag lesen wir:

„Nicht genug, daß sich täglich 20 und noch mehr auswärtige Bagabunden hier obdachlos melden, die fast alle gereinigt und zum großen Theil mit Schuhwerk und Kleidungsstücken versehen werden müssen, meldete sich vorgestern auch ein tüchtiger kräftiger Mann aus Bitterfeld mit Frau und Kind als obdachlos und mittellos und wollte hier aufgenommen sein. Diese Zumuthung (!) ging jedoch zu weit; der Mann erhielt eine Mark Zehrgeld und wurde wieder aus der Stadt gebracht. — Außer den obdachlosen Herumtreibern werden im Durchschnitt mindestens täglich einige 20 Bettler und etwa eben so viel Landstreicher inhaftirt und abgestraft (!). Die Gefängnisse und das Georgenhaus sind gefüllt mit Landstreichern wie noch nie. Da auch andere Polizeiarrestaten wegen Diebereien, Betrugs, Unterschlagung und Unfugs in Haft genommen werden müssen, so hat die Behörde bereits die früheren Kellerräume der Nachtwächterwache zur Unterbringung solcher Subjekte (!) verwenden müssen. Unter dieser Gesellschaft befindet sich auch immer eine Anzahl Faltfranke und mit anderen Uebeln behaftete Personen, welche die Stadt im Krankenhaus aufnehmen und versorgen muß. Diese schlimmen Zustände verursachen der Commune eine nicht unbedeutende Ausgabe.“

Das glauben wir gern. Und was hier von Leipzig gesagt wird, gilt so ziemlich von der ganzen civilisirten Welt. „Diese schlimmen Zustände“ sind ebenso wenig lokal als bios vorübergehend und zufällig. Sie liegen im Wesen der heutigen Gesellschaftsordnung. Es ist wahr, die herrschende ökonomische Arisist hat diese „schlimmen Zustände“ momentan verschlimmert, aber auch nur verschlimmert, nicht hervorgerufen, und die Keile selbst ist ja das notwendige Produkt der heutigen Gesellschaftsordnung. Wer eine Abstellung dieser „schlimmen Zustände“ will, muß folgerichtig auf eine Reform der heutigen Gesellschaftsordnung hinarbeiten, und zwar eine Reform an Haupt und Gliedern, wie die Sozialdemokratie sie anstrebt. Das Uebel verkünden und besagen, ohne die Wurzel des Uebels aufzusuchen, und, wenn dieselbe bloßgelegt, unerbittlich die Art an sie zu legen, ist Heuchelei, Schwäche oder Mangel an Verstand. Ein Viertes giebt's nicht.

Auf die Einzelheiten und die Ausdrucksweise der obigen Notiz wollen wir nicht des Näheren eingehen. Sie geben ein ebenso ekelhaftes als wahrheitsgetreues Bild der heutigen Gesellschaftsordnung und der durch dieselbe hervorgerufenen Gemüthsverrohung und Vernichtung jedes Rechtsgefühls. Daß ein „kräftiger Mann“, der keine Arbeit finden kann, mit seiner Familie Obdach und Nahrung verlangt, ist „eine Zumuthung, die zu weit geht“. Daß Unglückliche in ihrer Verzweiflung obdachlos von Ort zu Ort irren und ihre Mitmenschen um Brot anflehen, ist ein Verbrechen, für das diese „Subjekte“ abgestraft werden. Muß man sich nicht mit Jörn und Scham abwenden von Zuständen, die auf der einen Seite solch entsetzliches Elend, auf der

anderen solche Unmenschlichkeit, solche Verachtung alles Menschlichen erzeugen?

— Folgende Beweise nationalliberalen Freisinn's erfährt die „Frankfurter Zeitung“ aus Bayern unterm 30. Nov. In einer Münchener Verammlung von liberalen Reichsfreunden wurde einem Sozialdemokraten das Wort verweigert, und dieses Verfahren wird von den dortigen „Neuesten Nachrichten“ nicht nur nicht gerügt, sondern man wundert sich, daß man Sozialdemokraten in Verammlungen überhaupt dulde, die durch ihre Passivität die Abstimmungen zweifelhaft machten. Wie gefährlich die Leute doch sind! In Nürnberg hielt es der Vorsitzende, der ehemalige Demokrat Krämer, jetzt Ständesbeamter und Controleur (oder so etwas Ähnliches) bei der Nürnberger Sodafabrik, für indiskt, einem Demokraten zwar das Wort zu ertheilen, aber gegen den Redner beleidigende Aeußerungen vom Stapel laufen zu lassen. Dies nennt man die Präsidentenpflicht der Unparteilichkeit gegen alle Meinungen vortrefflich und gewissenhaft erfüllen! Die Herren sind eben überall „liberal“!

— **Unfall-Statistik.** Im Monat November er. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig

- 18 Todesfälle
- 6 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten,
- 5 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen und
- 430 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten nur eine vorübergehende Erwerbslosigkeit prognosticiren läßt, zusammen

459 Unfälle angemeldet.

Von den 18 Todesfällen ereigneten sich 3 in Baugeschäften, je 2 in Steinkohlenwerken und beim Fuhrwesen und je 1 in einer Gasanstalt, einer Strohhoffabrik, einer Holzschneidmühle, einer Eisenfeingrube, einer chemischen Fabrik, einer Raschinenfabrik, einer Spinnerei, einem Steinbruch, beim Brückenbau, beim Straßen- und Flußbau und beim Eisenbahnbau. — Die seitens einer neugegründeten Unfallversicherungs-Gesellschaft unter den Mitgliedern der Leipziger Bank durch Verbreitung von Druckschriften unwahren Inhalts beabsichtigte Verunreinigung hat dieser Neugründung keinen Nutzen gebracht. Die Zahl der Kündigungen von Mitgliedschaften ist eine verhältnißmäßig geringe und die Ursache in vielen Fällen in den schlechten Zeitverhältnissen zu suchen. Der Reservefond (eig. Schadenreserve- und Rentenfond) beziffert sich z. B. auf M. 481,700,15.

— **„Die Revolution“** (La Révolution) ist der Titel eines neuen großen Tageblatts, das seit drei Wochen in Paris erscheint und noch weit entscheidener, als die „Menschrechte“ es thun, für die sozialdemokratischen Prinzipien eintritt. Wir begrüßen den neuen Kämpfer im Namen der deutschen Sozialdemokratie. Hauptredakteur der „Revolution“ ist der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Raquet. Derselbe hielt vor einigen Tagen in Pontoise vor etwa 1000 Zuhörern einen Vortrag „über die soziale Revolution“, der Erwähnung verdient. Nachdem Raquet die Geschichte der politischen Revolution zu Ende des vorigen Jahrhunderts kurz recapitulirt, suchte er die Nothwendigkeit der sozialen Revolution nachzuweisen. „Sie sei unvermeidlich, zu wünschen sei mir, daß blutige Geburtswehen vermieden würden. Die Bourgeoisie und das Monopol mögen deshalb aus eigener Initiative ihre vierte Augustnacht* machen. Der Staat müsse sich zum Herrn der Eisenbahnen, Bergwerke und der Banken machen. Um die soziale Gerechtigkeit zu schaffen und die Privilegien zu unterdrücken, seien wichtige Gesetze zu schaffen. Anstatt daß die Arbeit mit dem Kapital kämpfe, müsse das Kapital in den Dienst der Arbeit treten zum Zweck des Fortschritts und des allgemeinen Wohles. Die Internationale der Arbeiter habe man verdammt; die Internationale der Tonfur jedoch und „die goldene“, die von einem Ende der Welt bis zum andern den kleinen Arbeiter unterdrücke und zerschmettere, werde geduldet. Zum Schluß spricht der Redner die Hoffnung aus, daß die Vertreter des Landes im Einklang mit dem allgemeinen Stimmrecht — dieser friedlichen Waffe, die gegen den Appell an die Gewalt Garantie bietet — an der nothwendigen sozialen Revolution arbeiten werden, und daß eine immer

* In der Nacht des 4. August 1789 gab der französische Adel in der Nationalversammlung alle seine noch gesetzlich bestehenden Feudalrechte auf — freilich nachdem die ausländischen Banen unter dem Ruf: Friede den Hütten, Krieg den Schlössern! den Feudalismus (nebst einigen hundert Schlössern) thatsächlich zerstört hatten.

Arbeitsquellen der Gegenwart und Zukunft.

(Schluß.)

Was dann? Die Frage ist schon oft aufgeworfen worden, anfangs mehr spielend, dann mehr ernstlich. Eine Art von Antwort ist leicht zu geben: „Wenn die Industrie so weiter schreitet, wie bisher, dann werden Wissenschaft und Technik schon dafür sorgen, daß sich etwas Anderes findet.“ Das glauben auch wir, aber das ist eben nur dann möglich, wenn Wissenschaft und Technik sich bei Zeiten oder auch vorzeitig mit der Aufgabe, etwas Anderes zu finden, beschäftigen. So haben sie denn auch, seit ihnen die klare Einsicht in die Verhältnisse gekommen, schon begonnen, dieses Problem anzugreifen, und ver-artigte Studien haben auch für uns schon ein Interesse. Jede einzelne Produktivindustrie macht eine erste Zeit durch, wo sie aus dem Vollen schöpft, wo sie Ueberfluß an Material hat und nur das Beste vorwegnimmt; später aber, wenn die Sahne abgerahmt ist, sieht sie sich genöthigt, zu ärmeren Kohstoffen zu greifen, das Vorhandene besser auszunutzen; dann kommen die feineren, parlamentarischen Methoden, die lohnspieligeren, aber ungleich leistungsfähigeren Apparate, und dann leistet sie in der Regel mit dem schlechteren Stoff mehr, als sie in ihrer Jugend mit dem besseren zu machen wußte. So geht es auch dem mechanischen Betrieb im Großen und Ganzen: wir sind jetzt in seiner Kinderzeit, wir schöpfen unsere Arbeitskräfte aus dem reichen, vollen Lager der brennbaren fossilen, welche die Mutter Erde in langen Jahrtausenden für uns angehäuft hat. Später kommen die mageren Jahre, dann heißt es die Kohlen schonen und die jetzt vernachlässigten Quellen in Ausnutzung ziehen.

Der Denken wir uns nun einmal, die Kohlen seien wirklich uner-schöpflich geworden; was würde dann zu thun sein?

Der Erdens ist es möglich, daß in der Erde andere als ursprünglich organische Stoffe in Masse vorhanden seien, die verbrannt werden und dadurch Arbeitskraft liefern können. Man kann sich denken, daß im Inneren unseres Weltkörpers z. B. geliegene, leicht brennbare Metalle von der Luft abgeschlossen auf-treten. Aber das ist bloß eine entfernte hypothetische Möglich-keit, keineswegs wahrscheinlich, sondern im Gegentheil recht un-wahrscheinlich, und wenn man bedenkt, wie unendlich langsam und unvollkommen unser Eindringen in die Erdrinde von Stat-

Brennstoffe in's Unendliche zugänglich zu machen, eine chimä-rische ist. Von Brennstoffen wäre also überhaupt abzusehen.

Sonach bleibt nichts übrig, als Kraftquellen ausfindig zu machen, die bisher nicht als brauchbar bekannt sind, oder die bereits brauchbaren in vollkommenerer Weise auszunutzen, als es bisher geschehen. Versuche, das Erstere zu thun, sind in den letzten Jahren schon mehrfach bekannt geworden.

Zunächst hat man daran gedacht, die Sonnenstrahlung un-mittelbar zum Heizen zu verwenden. Wäre der Sonnenschein nicht bei uns ein so unregelmäßiger und so wenig häufiger Gast, so wäre das gewiß schon seit Jahrhunderten geschehen. Denn die strahlende Wärme der Sonne ist, wie im Eingang gesagt, die ursprünglichste und, wie wir jetzt hinzufügen können, die ge-waltigste, unererschöpflichste der uns zugänglichen Kraftquellen. Wissenschaftliche Messungen über ihren Betrag sind angestellt; sie sind nicht sehr genau, aber sie geben wenigstens einen zuver-lässigen Anhalt, und es ist wahrscheinlicher, daß die bis jetzt erlangten Zahlen zu klein, als daß sie zu groß sind. Nach Pouillet würde die Strahlung der Sonne, welche senkrecht auf eine Fläche von einem Quadratmeter fällt, hinreichen, um in einer Minute 10 Liter Wasser um 67½ Grad zu erwärmen. Die Erde bietet der Sonne gegenüber eine Scheibe von 6,367,000 Meter Radius, also von nahe 127 Billionen Quadratmeter Querschnitt dar; die Strahlung, welche auf sie fällt, würde demnach in jeder Minute etwa 8500 Billionen Liter Wasser um einen Grad er-wärmen. Eine Herdekraft in den durch Feuer getriebenen Ma-schinen verbraucht nutzbar (d. h. verwandelt in Arbeit) in jeder Minute eine Wärmemenge, welche etwa 10½ Liter Wasser um 1 Grad erwärmt. Die Gesamtleistungsfähigkeit der von der Erde aufzufangenen Sonnenstrahlung repräsentirt demnach etwa 800 Billionen Pferdekkräfte, und wir oben bemerkt, diese Zahl ist wahrscheinlich noch zu klein. Könnten wir nur den zehnmilliontheiligen Theil dieser Menge einsaugen und zur Erzeu-gung höherer Temperaturen brauchbar machen, so hätten wir mehr als hinreichende Arbeitskraft für all unsere Bedürfnisse gewonnen, und das offenbar ohne die Dekonomie der Erdober-fläche, so weit sie von der Zufuhr der Sonnenwärme abhängt, irgend merklich zu ändern.

Das Mittel, die Strahlen unseres Centralgestirns zur Heizung zu verwenden, ist im Prinzip sehr einfach: man concentriert sie durch große Brennspiegel oder Brennpunkte, welche letztere aus

weißem Metall ohne zu große Kosten hergestellt werden können. Schon Erifson hat Versuche gemacht, eine Sonnenmaschine zu konstruiren; von den Resultaten derselben hat aber nicht viel verlauteit. In neuerer Zeit hat ein französischer Physiker, Mouchot, versuchend festgestellt, wie weit sich die Heizung mit Sonnenstrahlen praktisch machen läßt. Er stellt einen großen Hohlspiegel in Form eines abgestumpften Kegels auf, der seine weitere Oeffnung von 2½ Meter Durchmesser der Sonne zulehrt und im gewünschten Fall durch ein Uhrwerk gedreht wird. Die Wände desselben bestehen aus 12 inwendig versilberten Sektoren. Die Lichtstrahlen, welche den Kegel treffen, werden so gebiegelt, daß sie alle nach der Achse derselben convergiren. Die Stelle dieser Achse nimmt ein kleiner, länglicher, kupferner Dampfessel ein, bestehend aus zwei concentrischen Gloden, zwischen denen etwa 20 Liter Wasser eingoßsen sind. Der Hohlraum der inneren Glode dient als Dampfreservoir; aus ihr führt ein Rohr durch den Boden des Kegels dahin, wo man den Dampf benutzen will. Der ganze Dampfessel ist im Abstand von 5 Centimeter mit einer Glashülle umgeben. Die vom Spiegel concentrirten Sonnenstrahlen fallen auf die schwarz angestrichene Oberfläche des Kessels, werden dort absorbtirt und erwärmen denselben. Die Glashülle dient dazu, die Wärme zusammenzuhalten; sie läßt nämlich die Sonnenstrahlen leicht durch, nicht aber die dunkle Wärmestrahlung, welche von dem erhitzten Kessel ausgeht. Das Wasser fängt unter diesen Umständen, wenn die Sonne in den Apparat scheint, bald zu kochen an. Am 8. Mai dieses Jahres bei mittlerem schönen Wetter, ergab der Apparat Morgens um 9 Uhr 40 Minuten einen Dampfdruck von 2, und kurze Zeit darauf von 5 Atmosphären. Am 22. Juli, einem sehr warmen Tage, lieferte er um 1 Uhr Mittags 140 Liter Dampf in der Minute. Mouchot hat ihn benutzt, um eine kleine Dampf-pumpe zu treiben, sowie zum Kochen von Nahrungsmitteln. Er ging auch noch bei leicht verschleiertem Himmel.

In unserm Klima wird nun eine derartige Vorrichtung immer wenig mehr als Spielerei sein. Anders ist es in Ländern, wo es nie oder nur während bestimmter kurzer Jahreszeiten regnet, z. B. in manchen Strichen auf der Westseite der Anden. Dort hat sie schon jetzt ein sehr praktisches Interesse, zumal da in jenen Ländern durchweg das Brennmaterial nicht leicht zu beschaffen ist, und dieses Interesse wird so lebhaft empfunden, daß Herr Mouchot bereits aus öffentlichen Mitteln Unterstützung für

tiefer gehende Aufklärung in den Massen die soziale Neuformung ohne einen gewaltthätigen Zusammenstoß herbeiführen werde. — Wir werden in einer der nächsten Nummern uns eingehender mit der „Revolution“ beschäftigen. Das heißt, wenn die Post es uns erlaubt. Es ist uns nämlich bis heute unmöglich gewesen, die Problemnummer und die 15 ersten Nummern der „Revolution“ zu Händen zu bekommen, obgleich sie zweimal, das erstmal von der Administration des Blattes selbst, das zweitemal auf unsere Reklamation, von einem in Paris lebenden Freund an uns abgeschickt worden sind. Adresse, Kreuzband-Padung — alles war beidemal in vollständigster Ordnung. Aber beidemal sind die Blätter unterwegs spurlos verschwunden. Ob dies bloßer Zufall ist, oder ob das bedenkliche Wort „Revolution“ irgend einen beliebigen Polizeispitzel und Briefdieb gelockt hat — ob der Verächterwindungsprozess sich auf französischem oder auf deutschem Postgebiet zugetragen hat, das wissen die Götter und vielleicht der heilige Stephan.

Die demokratischen Blätter von Paris brachten am 2. Dezember sämtlich ausführliche Berichte gebracht über den Staatsstreik des 2. Dezember 1851 und die damals von Bonaparte unter dem Vorwand des gesamtmonarchischen Europa verübten und nachträglich von der gesamt europäischen Bourgeoisie sanktionierten Mordthaten und Gräueltaten jeder Art. Bezeichnend für die in „republikanischen“ Frankreich herrschenden Zustände ist die Thatsache, daß den „Droits de l'Homme“ verboten worden ist, in einer Extrablatt folgende Bilder zu veröffentlichen: Die Barricade des Faubourg St. Antoine (der Londoner „Illustrated News“ vom 13. Dezember 1851 entnommen); 2) Summarische Erschießungen durch das Militär („Illustrated London News“ vom 20. November); 3) Frankreich ist ruhig (Bild des Londoner „Punch“, Jahrgang 1851, S. 265); 4) Erschießungen durch Truppen auf dem Marsfeld („Illustrated London News“ vom 20. November 1851). — Und dieselben republikanischen Behörden, welche es verboten, daß die Familien und Verbunden des gemeinen Raubmörders Bonaparte auch nur bildlich an den Pranger gestellt werden, lassen nach wie vor die Ehrenmänner der Commune vor ein Kriegsgericht stellen und zu den schwersten Strafen verurteilen. Wurde doch dieser Tage erst wieder ein Todesurteil gefällt! Ja — hätten die Männer der Commune mit „Erfolg“ getauft, gemordet, gestohlen, dann würden sie heute hochgeachtet dastehen, wie Andere, die dasselbe gethan; und das Gefindel, von dem sie seit fünf Jahren mit allen Verleumdungen überschüttet und gehetzt werden gleich wilden Thieren, würde vor ihnen kriechen, wie vor Anderen, die dasselbe gethan! — Das ist die „Moral“ der heutigen Gesellschaft.

Es spukt wieder. Am Freitag (1. Dec.) Mittag hatte Parteigenosse A. Gieseler in Darmen hohen Besuch — Commissar und Polizist fanden sich ein, um hauszusuchen. Resultat — „ist nicht“ — jedes Blättchen nachgesehen, sogar in dem Kleiderkoffer Rod- und Hosentaschen durchsucht, Alles umsonst, „verlorenem Liebesmüß“.

Correspondenzen.

Icheoc, 27. November. Am Donnerstag den 23. da. Mts. tagte hier in der Tonhalle eine aus 8—900 Personen bestehende öffentliche Wählerversammlung, einberufen von Seiten der Landespartei, deren Candidat Dr. Wärens mit dem Grafen Vaudissin als Referenten angelündigt und auch erschienen waren. — Als dritter erschien unser Candidat Hermann Walthers aus Altona; den Wählern Icheoc's wurde dadurch Gelegenheit gegeben, zwei der aufgestellten Candidaten persönlich kennen zu lernen. Es entspann sich zwischen den Vertretern der beiden Parteien eine interessante Debatte, und schade ist's, daß nicht auch der Vertreter der dritten Partikularisten, der nationalliberale Appellationsgerichtsath Hall aus Kiel anwesend war. Auf die Ehre, letzteren in öffentlicher Versammlung sein Programm entwickeln zu hören, werden die Wähler des fünften schleswig-holsteinischen Wahlkreises wohl verzichten müssen; obwohl auch dieser Herr von der Masse gewählt zu werden wünscht, hält er es dennoch nicht der Mühe werth, sich öffentlich vorzustellen. Wir würden gern diesen Vorwurf widerrufen, wenn der Appellationsgerichtsath Hall sich bereit erklärte, ihn durch die That zu einem ungerechtfertigten zu machen. Als erster Redner erhielt Dr. Wärens das Wort, welcher in 1/4stündiger Rede seine Stellung zur Landespartei und zu den übrigen Parteien zeichnete. Wir sagen deshalb „seine Stellung zur Landespartei“, weil sein Programm, dem

er nicht mehr auf dem Boden des Programms der schleswig-holsteinischen Landespartei, wesentlich von demselben abweicht. Diesen Widerspruch zwischen dem Candidaten und der Partei mögen die Betreffenden selbst lösen, wenn sie können. Uns zeugt dies von der Prinzipienlosigkeit und Herabsehtheit der Partei. Nun, der Dr. W. sprach weiter von der Lösung der deutschen Frage im Sinne der Partikularisten. Deutschlands Einheit bedinge die Mannigfaltigkeit. Sein Ideal einer deutschen Verfassung ist eine verbesserte Auflage der alten deutschen Bundesverfassung. Für die beste Staatsform erklärte er die monarchische Form. Ferner geistelte Redner die Nationalliberalen und Fortschrittler als Gesetzgeber und suchte nachzuweisen, daß Erstere weder national noch liberal seien und Letztere nichts weniger als den wahren Fortschritt wollten; kurz sie erfüllten ihre Aufgabe als Volksvertreter nicht, denn ein Volksvertreter müsse für Wahrheit, Recht und Freiheit eintreten. Redner nahm hierbei einen scheinbar sehr freien Standpunkt ein. Was es aber mit der Freiheit, die Redner meinte, auf sich hatte, zeigte sich bei der Kritik des Programms der sozialistischen Arbeiterpartei. Zwar erkannte Redner die meisten Punkte des Programms an, bis auf diejenigen, welche die wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen bedingen. Der Vertreter unserer Partei, Herr Walthers, als zweiter Redner, wies dem Dr. Wärens denn auch scharf und treffend nach, daß auch er, der Dr. W., noch nicht die Aufgabe eines wahren Volksvertreters erkannt habe, denn die politische Freiheit und Gleichberechtigung, wie dieselbe der Vordemokratie war, wie jeder Fortschrittler, anerkenne, sei nur Schein, wenn nicht die wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung aller Bevölkerungsklassen garantiert sei, so wie die sozialistische Arbeiterpartei dieselbe in ihrem Programm fordere. Jede Partei, welche dies nicht in ihr Programm aufgenommen habe, wolle nur durch scheinbar freie Forderungen das Volk bei Wahlen lockern, so auch die Landespartei. Was nun die Lösung der deutschen, im engeren Sinne der schleswig-holsteinischen Frage, wie sie die hiesige Landespartei wolle, anbelangt, so steht Vordemokratie selbst mit dieser im wesentlichsten Widerspruch. Darauf beleuchtete W. zum Schluß noch die wichtigsten Punkte des Programms der Arbeiterpartei. — Hiernach wurde die Debatte zwischen Dr. Wärens, Graf Vaudissin und Walthers recht lebhaft mehrere Stunden fortgeführt. Zum Schluß wurde folgende Resolution mit großer Majorität gegen circa 20 Stimmen angenommen:

„Die heutige Wählerversammlung erklärt, nachdem sie die verschiedenen Redner gehört: für die Wahl des von der Arbeiterpartei aufgestellten Candidaten Hermann Walthers in Altona thätig zu wirken.“

H. Hülsh. C. Kreuzberg.

Vielersfeld, 30. November. Schon im Anfange dieses Jahres bildeten die Vorbereitungen zur Reichstagswahl die permanente Tagesordnung fast aller Sitzungen unseres Wahlvereins. Die Candidatenfrage wurde von verschiedenen Seiten erörtert, und manche Stimme erhob sich für einen Vertreter aus unseren Mauern, vorwiegend aus dem Grunde, die Agitation zu erleichtern und wirksamer zu machen. Zur endlichen Erledigung dieser brennenden Frage wurde nun in zwei am 26. und 27. d. M. in verschiedenen Bezirken stattgehabten Volksversammlungen folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

„Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit der Candidatur des Herrn Wilhelm Pfannkuch vollständig einverstanden und verpflichtet, mit aller Kraft für die Wahl desselben bei der bevorstehenden Reichstagswahl einzutreten.“

So haben wir denn wiederholt einen Mann auf den Schild erhoben, der stets — und noch kürzlich bei Gelegenheit der schmählischen Niederlage, die er dem liberalen Zeitungsredakteur Antschbach in Cassel bereite — gezeigt hat, daß er nicht allein Kopf und Herz, sondern auch eine schlagfertige Zunge für die Volks Sache hat. Daß wir schon dieses Mal mit unserm Candidaten durchdringen, können wir zwar kaum hoffen, das wird uns aber nicht abhalten, im Wahlkampf voll und ganz unsere Schuldigkeit zu thun, um unsern Gegnern zu zeigen, daß die Sozialdemokratie ein Faktor ist, mit dem gerechnet werden muß. In zwei Versammlungen hielt Parteigenosse Baumeister Bruno einen Vortrag über „Das gleiche Recht für Alle“. Im Eingange schilderte der Vortragende das falsche Prophetentum der Fortschrittspartei, deren offizielle Ausrufung vor drei Jahren lautete: „Der materielle Verkehr, fast auf allen Gebieten von hemmenden Schranken befreit, pulst in einer Kraft und Lebendigkeit, welche die Sicherheit gewährt, daß gewisse beunruhigende Erscheinungen des Augenblicks bald werden überwunden werden.“ Wie sich dieses gelassen ausgesprochene große Wort erfüllte, illustrierte

oder indirekt technisch zu verwerthen. Indirekt wäre das möglich, indem man sie chemische Zerlegungen ausführen ließe, deren Produkte man transportiren und an anderen Stellen zur Wärmeerzeugung verwenden könnte. Mohr hat vorgeschlagen, Kohlen säure in eiserne Behälter zu condensiren, zu versenden und die Behälter, aus denen die Säure bei gewöhnlicher Temperatur mit einem Drucke von 36 bis 40 Atmosphären hervorkommt, als Dampfheiz zu benutzen. Alle diese Gedanken schweben noch sehr in der Luft; aber es ist ziemlich sicher anzunehmen, daß die Wissenschaft über kurz oder lang die Mittel liefern wird, sehr viele Arbeit auf verhältnismäßig kleine Räume zu concentriren, und dann wird der Grundgedanke, die Arbeit der natürlichen Quellen transportabel zu machen, eine Zukunft gewinnen. Wenn die Kohlen allmählich im Verhältnis zu den übrigen Lebensbedürfnissen theurer werden, wird man nach dieser Richtung suchen. Was man finden wird, das können wir freilich noch nicht verrathen; wir haben überhaupt nur andeuten wollen, in welcher Form sich das Problem und die leitenden Gedanken für seine Lösung zur Zeit darstellen.

Die Phraze vom „schutzlosen“ Schupmann haben eine Anzahl Berliner Bürger wirklich ernst genommen und gebeten die selben den Sicherheits-Organen bei Ausübung ihres Amtes in einem gewissen Grade Unterstützung zu leisten. Man hat sich vorläufig dahin geeinigt, einen Verein zu gründen und sollen die Mitglieder dieses Vereins, wenn sich bei Beschäftigungen ein erheblicher Widerstand zeigt, dem betreffenden Schupmann thätig beistehen. Natürlich müßten die Mitglieder dieses Vereins durch Karten legitimirt sein, damit sie dem Publikum und den Sicherheits-Organen gegenüber die nöthige Beachtung finden und ihre freiwillige Hilfe, die sie leisten wollen, nicht durch irgend eine Zurückweisung beeinträchtigt werde. Als Mitglieder sollen nur in Berlin anwesende und bescholtene Personen aufgenommen werden. — Wäre es nicht angezeigter, den Mitgliedern obigen Vereins die Briefkäufe auf den Speichbürgerschädel zu stülpen, statt sie durch eine Karte zu legitimiren? Was aber die Bezeichnung betrifft, um welche sich diese Schupmänner in spe so vorlaut bewerben, so glauben wir, daß ihnen dieselbe reichlich und schlagend genug zu Theil werden wird.

Redner mit heißer Satyre durch zwei und Vieles. nahe liegende Gründungen: die Herforder Brauerei (schlechtes Bier an ihre Kunden und gute Dividenden) — bald hatte sie ausgewirksamkeit an ihre Aktionäre dei. — und die Westfälische Bank, mit vielfachem Kummer und Glend im Besolge. Die beunruhigenden Erscheinungen des Augenblicks, das Welterleuchten des Sozialismus nämlich, sind für unsere „Linke“ im Parlament allerdings sehr beunruhigend, da ja die Gefahr nahe liegt, die liebgegewonnenen Parliamentsitze an die verhassten Rechten zu verlieren. Auch den famosen „Rückgang der Sozialdemokratie“, den unsre liberalen Lokalblätter „Wächter“ und „Tageblatt“ mindestens alle vier Wochen verkünden, registriert Redner verdienntermaßen unter das falsche Prophetentum. Diesen falschen Propheten stellt Redner nun den Minister Eulenburg mit seinen unverhüllten Reaktionsgedanken gegenüber, und man muß gestehen, daß die liberalen Salbadereien höchst unvorthelhaft gegen das offene Geständniß des Ministers abstecken, das Geständniß, daß es nur noch ein einziges spezifisches Mittel gegen den Sozialismus gäbe: die schießende Flinte und den handenden Säbel. Der Herr Graf erkannte diese Instrumente für die einzigen Waffen gegen uns mit Recht, denn überall, wo sich Gegner uns stellten, unterlagen sie; so Spargig über Bel, Antschbach gegen Pfannkuch, und auch der „Allerweltschlußpedell des Reichstags“, Justizrath Valentin, gegen den Schuster Bod aus Gotha. Aber mit schießenden Flinten und handenden Säbeln kann man doch keineswegs die sozialistische Partei und noch viel weniger die Idee der Sozialdemokratie aus der Welt schaffen. Und wir stehen in den Anfangsstadien einer großartigen Umgestaltung, welche das papierne Verfassungsrecht in das wirkliche gleiche Recht für Alle überführen wird. Der Redner führt nun aus, wie die heutige soziale Bewegung im Wesentlichen auf dem Gefühl des politischen Unbehagens beruht, und wie unsere Beseitigung von Vorrechten, das ist: die Gleichberechtigung der arbeitenden Klassen, die gänzliche Beseitigung des herrschenden Klassenstaats anstrebt. Wie weit wir noch von diesem schönen Ziele entfernt sind, lehrt ein Blick auf unsere Zustände. Die liberale Partei hat uns zwar mit dem Zwangshilfsklassen-Gesetz beglückt, aber in der Schule hat sie die alte verlorrene Birthschaft fortbestehen lassen. Der Vortragende richtet speziell an unsere preussischen Volksvertreter die Frage, wie es mit der Durchführung der schon vor 26 Jahren verfassungsmäßig verbrieften Unerkennlichkeit des Unterrichts in den öffentlichen Volksschulen stehe? Den Begriff „öffentliche Volksschule“ interpretirt Redner hier richtig dahin, daß darunter, im Gegensatz zu den Privatschulen, alle öffentlichen Schulen — einschließlich der Gymnasien zc. zc. — zu verstehen seien. Statt nun den Herrn Falk zu zwingen, die Fenster und Thüren der heutigen wahrhaft erbarmungswürdigen Volksschule weit aufzureißen zu lassen, damit endlich einmal diese betäubende Stille der Bibel sprache und Gebirgsbuchverste heraus-, und die frische gesunde Luft der Wissenschaft und Aufklärung hereinströmen könne, gingen unsere liberalen Helden auf die Veimrath des Kulturkamps, bei welchem für das Volk in der That nicht viel mehr herausgekommen ist als eine unnütze Verletzung confessioneller Intoleranz. — Auch auf dem Gebiete der Wahlgesetzgebung für Commune, Kreis- und Landtag ist gar nichts für die Durchführung des gleichen Rechts für Alle geschehen; nach wie vor beruht das Dreiklassen-Wahl-system fast allein die Kapitalbaronie zur Gemeindevorwaltung und Legislatur. Zur Rechtsprechung übergehend zeigt der Vortragende an der Zusammensetzung der Schwurgerichtsböfe, wie auch hier der Geldsack das Kriterium politischer Fähigkeit bildet. Was will gegen diese schreiende Ungerechtigkeit die Erweiterung der Kompetenz der Schwurgerichte sagen, die von den Liberalen nur aus dem Grunde befürwortet wird, um hin und wieder mal ein liberales Redakteurchen, das sich verschnappt hat, vor einer Berurtheilung zu retten, denn die Berurtheilung eines sozialistischen oder ultramontanen Redakteurs findet man doch immer bei der üblichen Zusammensetzung ganz in der Ordnung. Und endlich, wie sieht es mit der allgemeinen Wehrpflicht aus? Der bespitzte Stand wird in Folge des ihm so larg zugemessenen Bildungsantheils mit der drei- bis vierfachen Last an Wehrpflicht bedrückt im Verhältnis zu den besitzenden Ständen.

Nach allen Erörterungen ist wohl klar, daß von den in unserm gesetzgebenden Körpern herrschenden Parteien für Erlangung des gleichen Rechts für Alle absolut nichts zu hoffen ist. Es fehlt nicht sowohl die Einsicht, nein es fehlt der gute Wille und die männliche Entschlossenheit, ehrlich Farbe zu bekennen. Hierdurch ist es denn gekommen, daß die „gewissen beunruhigenden Erscheinungen des Augenblicks“ noch lange nicht überwunden sind, sondern immer beunruhigender und drohender vorerschreiten. Und schon vor 60 Jahren sprach der eheliche Börne die beherzigenswerthen Worte: „Es ist wahr, der Krieg der Armen gegen die Reichen hat begonnen, und wehe den Staatsmännern, die zu dumm oder zu schlecht sind, zu begreifen, daß man nicht gegen die Armen zu Felde ziehen müsse. Die graubärtige Staatsweisheit, vor Alter kindisch geworden, geistert gegen den Wunsch der Besseren und Einsichtigeren, daß man auch die niederen Stände an der Volksrepräsentation möge theilnehmen lassen. Sie sagen: Menschen, die nichts zu verlieren haben, könnten am allgemeinen Wohle des Landes nie anfrichtigen Antheil nehmen; jeder Intrigant kann ihre Stimme erschleichen oder erkaufen. So sprechen sie, um das Gegentheil von Dem zu sagen, was sie denken. Weil es unter den armen Leuten mehr Ehrliche giebt, als unter den reichen, weil sie seltener sich bestechen lassen, wollen die Minister sie nicht unter den Volksvertretern sehen. Sie mögen uns ihre geheimen Archive öffnen, sie mögen uns die Namen ihrer Anhänger, ihrer Angeber, ihrer politischen Kuppler, ihrer Spione lesen lassen — und es wird sich zeigen, ob mehr Reiche, um ihren Ehrgeiz und ihre schändlichen Luste zu befriedigen, oder mehr Arme, um ihren Hunger zu stillen, das Gewissen verkauft haben.“ — An diese Worte des großen Denkers anknüpfend weist Redner den albernem Vornur unserer Gegner, wir trieben Interessenpolitik, Schlagend zurück und schließt unter rauschendem Beifall mit dem Rufe an die herrschenden Parteien:

„Gebet dem Volke das gleiche Recht,
Dann werdet ihr Ruhe haben!“

Nachzutragen bleibt mir noch, daß beide Volksversammlungen je 10 Männer zur Verhärung des Wahlcomités wählten, v. daß die Parteigenossen Jwiener und Heitbrind sowie Weidenz aus Hamburg in begeisterten und begeisternden Worten zu zahlreich erschienenen Arbeitern sprachen.

Wir gehen mit froher Zuversicht in den Wahlkampf an, denken, auch in unserm Wahlkreise zu zeigen, daß das arbeitende Volk es endlich müde ist, durch seine Reimiger und Unterdrückten vertreten oder besser — getreten zu werden.

Ferslohn, 28. November. Volksversammlungen. Sozialistischer Arbeiter-Wahlverein. Die Liberalen (Candidatennoth). Hier geht's jetzt wieder flott vorwärts. Seit Juli 1875 konnten wir Versammlungen, außer einer ein-

April d. J., nicht abhalten, weil geeignete Lokale, die jenigen stets zur Verfügung standen, in den Besitz von Leibeigern sind, die sich vor einem Sozialdemokraten zehn Mal her bekreuzigen", wie vor dem leidhaftigen Gottscheins".

Sonntag, den 15. Oktober, fand denn endlich in dem neuereiten geräumigen Saale eines vortheilhaftigen, befreundeten Wirthes wieder eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, welche, nachdem ich die der Partei-Organisation in Preußen entgegenstehenden Schwierigkeiten auseinandergesetzt hatte, die Bildung eines „Sozialistischen Arbeiter-Wahlvereins für den Wahlkreis Altona-Flottbek" beschloß, der nach § 21 des preussischen Vereinsgesetzes den im § 8 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Beschränkungen politischer Vereine nicht unterliegt. Der Verein constituirte sich sofort mit vorläufig 63 Mitgliedern, deren Zahl inzwischen auf 108 angewachsen ist. Der Entwurf eines praktischen Statuts, dem selbst der verwegenste Staatsanwalt nichts anhaben kann, wurde einstimmig angenommen.

Der Versuch eines vor etwa einem Jahre hier zugereisten sogenannten „Parteienossen", die Versammlung in brüderlicher Eintracht mit einigen Ultramontanen durch knabenhaftes, aller parlamentarischen Ordnung Hohn sprechendes Gebahren zu vereiteln, scheiterte selbstverständlich jämmerlich. Der hiesige Wahlkreis, von dessen überzeugungstreuen sozialistischen Arbeitern der erste erfolgreiche Anlauf zur inzwischen vollendeten dauerhaften Vereinigung der Sozialdemokraten Deutschlands gegeben wurde, ist kein geeigneter Boden für — Zerplitterungsversuche. — Das mögen sich die Gegner aller Art ein für allemal merken! —

Inzwischen fanden wöchentlich abwechselnd Mitglieder- und Volksversammlungen statt, in welchen für die Wahlagitatio mit Erfolg gewirkt wurde. Am 5. d. M. referirte Herr Julius Scheil aus Dortmund in einer Volksversammlung über die „Grundskizzen des modernen Staates". Die Versammlung ernannte mich einstimmig zum Wahlkandidaten für den hiesigen Wahlkreis.

Seitdem „rüsten" sich auch hier die Gegner zum Wahlkampf, besonders die „Liberalen", welche uns durch jammervolle Angst-, Schmerz- und Hilfe-Rufe in den Lokalblättern die Agitation in dankenswerther Weise erleichtern. Am 26. d. M. habe ich in einer Volksversammlung einen solchen liberalen „Stoßseufer" beleuchtet, in welchem die folgenden höchst ergöhlischen Stellen enthalten sind: „Er (der Reichstag) hat seine Schuldigkeit gethan und mit Stolz (!) und Genugthuung dürfen wir auf die bedeutungsvolle Epoche zurückschauen. Beizugewandte und segensreiche Gesetze sind zu Stande gekommen, man erinnere sich nur des Münz-, des Bank-, des Einweihungs-Gesetzes, der Organisationsgesetze des Heeres u. c. u. Ein gutes Stück deutscher Misere, deutscher Zerrissenheit und Miswirthschaft ist damit für immer geschwunden. Ohne die thätige Hilfe der liberalen Partei wäre die glückliche Durchführung dieser Gesetze unferm (!) Reichslandler nicht möglich gewesen. — Noch aber ist der Bau deutscher Einheit nicht so weit gediehen. Die Entwicklung des deutschen Reiches hängt noch zu viel von dem guten Willen unserer deutschen Fürsten ab. Wer bürgt uns dafür, daß später nicht innere Zwietracht unserer Fürsten und Stämme diesen Bund wieder lockert? Die Zeit muß benützt werden, Ring auf Ring um den deutschen Einheitsbau gelegt werden, damit er allen äußeren Stürmen Trost bieten und allen Wählereien jener widersprechenden dunklen Mächte (der „deutschen Fürsten und Stämme") spotten kann. — Es ist aber eine Ehrensache des liberalen deutschen Bürgerthums, treue Wacht zu halten, daß ihm die theuer erkauften deutsche Einheit nicht verfallt."

Alle wahrhaft freisinnigen Männer, denen es um die Wahrung dieser errungenen politischen und wirtschaftlichen Freiheiten Ernst ist, müssen mit allen Kräften dafür wirken, daß diesem Reichstag ein würdiger Bruder folge. — Es war für mich ein besonderes Vergnügen, der Versammlung diesen „Bruder" Reichstag mit allen den „feindlichen Brüdern", mit welchen er zusammengesetzt ist, vom Kopf bis zu den Füßen umständlich zu schildern, wie auch die „Compromiß-", „Stief"- und „Adoptiv"-Kinder, mit welchen er in seiner dreijährigen Jungungs-Periode die Welt „Deutschland" beglückt hat. —

Die von den Gegnern fortwährend bis zum Ubel wiederholte, auch in dem erwähnten liberalen „Wahzettel" enthaltene Verächtigung, die Sozialdemokratie gehe mit den Ultramontanen zu irgend welchem Zwecke Hand in Hand, gab mir Veranlassung, die Rücksichtlichkeit dieser kindischen Verleumdung der Sozialdemokratie nachzuweisen und energisch gegen dieselbe zu protestiren. Bemerkenswerth ist noch die Thatsache, daß auch hier die liberale Partei bisher ebenso vergebens auf einen Kandidaten „visirt", wie etwa ein Sonntagssänger in der Plänerburger Heide auf einen Elefanten. „Der Geldmann scharfer Zahn ist dabei im Spiel", — pflegte der alte Harfört in verschiedenen seiner ebenso zahlreichen als impertinenten „Briefe" nicht für, sondern an die „Weiter zu sagen. — Wir thun, glaube ich, der liberalen Partei Unrecht, wenn wir behaupten, daß sie mit ihren fortwährend wiederholten Anträgen auf Diätenzahlung hauptsächlich zwecks, das Volk zu der Meinung zu verleiten, es sei ihr um die Ermöglichung einer wahrhaften Volksvertretung zu thun. Dies ist durchaus nicht lediglich die Absicht der liberalen Partei, — vielmehr wird sie bei ihren Anträgen besonders durch das ständige Prinzip der von ihr vertretenen Bourgeoisie, durch das Prinzip der Geldmacherei in jeder Weise, geleitet. Die Kandidaten-Roth der liberalen Partei auch im hiesigen Kreise ist in diese Ansicht ein unanfechtbarer Beweis.

Die beiden Abgeordneten des hiesigen Kreises zum preussischen Landtage, welche bekanntlich täglich 5 Thlr. Diäten beziehen, nahmen das ihnen durch die letzten Landtagswahlen ersonnen Mandat unbedenklich an, dagegen lehnten sie die Übernahme des diätenlosen Mandats als Reichstags-Abgeordnete ab, der Eine aus Gesundheitsrücksichten (als wenn ein Abgeordneter im preussischen Landtage weniger „gesund" zu sein dürfte, wie im deutschen Reichstag!) der Andere aus Geschäftsrücksichten. — Daraus klopften die Liberalen bei drei Wahlen an, die ebenfalls wegen ihrer Geschäfts-Interessen lehnten. — Endlich hat sich, wie ich höre, der bisherige Abgeordnete des hiesigen Kreises, Herr Heinrich Krenz, bewegen lassen, den Kandidaten-Röthen seiner Freunde durch nachträgliche Abgabe ein Ende zu machen.

Wir werden Alles aufbieten, um dem Manne die Qual zu bereiten, jedenfalls zum letzten Male in den „lauren" der eines diätenlosen Reichstags-Mandats beißen zu müssen. Es wird uns nicht gelingen, dann grämen wir uns darüber nicht. Unsere Partei ist noch jung; wir haben Zeit zu leben und gar keinen Grund, übermäßig eilig zu sein. —

G. W. Tölke.
Meldorf, 30. November. (An die Genossen des Zeltow-Stow-Storkower Wahlkreises.) In kurzer Zeit wird Wahl zum deutschen Reichstage stattfinden. An Jeden von uns tritt die Frage heran: Wen wählen wir? Wenn wir Abhängigkeit der Männer, welche uns bis jetzt im deutschen

Reichstag vertreten haben, etwas näher in's Auge fassen, so wird Jeder bald finden, daß von alledem, was uns diese Herren versprochen haben, nichts erfüllt worden ist. Wie sollte dies auch anders sein; haben wir doch bis jetzt nur eine Klassenvertretung gehabt, aber keine Volksvertretung. Blüht die letzten Jahre zurück, und Ihr werdet vor dem Bilde, das sich vor Euch entrollt, die Augen schließen. Gesetze wurden gemacht, kraft deren die Ausbeutung in vollem Flor steht. Sehet die Männer an, welche diese Gesetze schufen; man findet die Namen derselben unter den Prospekten von Gründungen — von Gründungen, durch welche diese Herren Hunderttausende, Millionen „verdienen". Die heiligsten Rechte des Volks machte man illusorisch (vergl. Bewilligung des Militärbudgets auf sieben Jahre), und wo sich diese Herren den Arbeitern gegenüber rühmten, Gesetze für dieselben gemacht zu haben, waren diese so gut wie gar keine (Hauptpflichtgesetz). — Wenn Ihr dies Bild betrachtet, Genossen, so kann die Antwort auf die oben gestellte Frage nicht schwer sein, sie kann nur lauten: Wir wählen den Mann, der die Leiden des Volkes kennt, wir meinen den Candidaten der sozialistischen Arbeiterpartei.

Doch nicht genug, daß Diejenigen, welche von diesem Geiste durchdrungen sind, ihre Stimme für diesen Candidaten erheben: nein, geht von Hütte zu Hütte, agirt im Kreise Eurer Verwandten und Bekannten. Auf, Genossen! jetzt gilt es zu zeigen, daß Ihr die letzten drei Jahre nicht müßig dahingehen ließt. Schon rüstet man im Lager unserer Gegner. Verjagt Versammlungen ein, wo Euch in irgend einem Orte noch ein Lokal zur Verfügung steht; sammelt Gelder ein zum Wahlkampf, damit die Agitation durch Flugblätter und Programme um so lebhafter betrieben werden kann. Gebraucht die einzige Waffe, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, in seiner ganzen schneidenden Schärfe. Dies ist das einzige Zeichen, um mit Vassalle zu reden, in dem Ihr siegen werdet.

Alle Gelder sind an den Kassirer des Central-Wahlcomité, Herrn J. Junk, Rietzenstraße im Köppen'schen Hause, einzuliefern.
Für das Central-Wahlcomité:
Robert Matthies, Schriftführer.

Wiesbaden, 1. December. (Verein der Löhner und Berufs-genossen.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß bis zum Neuen Jahre Circulare zum Verstand kommen, und ich bitte mir daher von jedem Orte statistisches Material und die wissenschaftlichen Vorgänge am Orte aus, sowie frühzeitige Ablieferung der Beiträge nebst genauer Abrechnung; ferner ersuche ich Collegen Schönberg in Hildesheim um seine Adresse, ebenso nähere Adressen von Dessau, Magdeburg, Frankfurt a/M., Leipzig und Dresden erwünscht.

Mit collegialischem Gruß
Joseph Schweis, Vorsitzender, Doyheimerstr. 30.
Leipzig. (Allgemeiner Vötker- u. Kämpfer-Verein.) Nach § 15 unseres Statuts beruft der Vorstand eine außerordentliche Generalversammlung auf den 31. December 1876 und 1. Januar 1877 ein. Tagesordnung: Auflösung des allgemeinen Vötker- u. Kämpfer-Vereins und Eintritt in den neuen Bund.
Im Auftrage: Fr. Holtmann.

An die Parteigenossen des 6. Schleswig-holsteinischen Wahlkreises (Ottensen).

Die Wahlagitatio ist bereits seit mehr als 2 Monaten im vollen Gange und soll jetzt mit verdoppelter Kraft betrieben werden. Dazu ist aber Geld nöthig. Es stellen daher die Unterzeichneten an Euch das bringende Ersuchen, uns Reichstags-Wahlkosten vorzuhandeln sind, deren Inhalt sofort an J. Röhl, Bahrenfelderstraße 151, abzuliefern. Parteigenossen! Die Ausrede, erst wenn die Wahl herankommt, geben wir unser Geld her, ist nicht richtig, denn wer ernten will, muß seinen Acker vorher bestellen, und wer nicht haben will, daß die Agitation eingestellt werde, der ist auch verpflichtet, dem Wahlcomité sowohl in materieller als prinzipieller Hinsicht mit zur Seite zu stehen. Von denjenigen Parteigenossen, welche bis zum 12. December die Gelder noch nicht abgeliefert haben, werden wir dieselben der Reihe nach persönlich in Empfang nehmen.

Ottensen, den 29. November 1876.
Das Arbeiter-Wahl-Comité: J. A. J. Heerhold.

An die Freunde der Arbeiterpartei im 5. Schleswig-holsteinischen Wahlkreise.

Die öffentliche Wahlagitatio wird von unserer Seite schon eifrig betrieben; seit einigen Wochen befindet sich der von uns aufgestellte Candidat H. Wallther aus Altona im Kreise und hält in den Ortsschaften, in welchen uns Lokale zur Verfügung stehen, Versammlungen ab. Es wird erwartet bis zur Wahl unablässig thätig sein, so daß die Wähler in allen Distrikten ihn kennen lernen. Sorgt nun durch Privat-agitation dafür, daß alle Versammlungen möglichst stark besucht werden. Die Privatagitatio ist überhaupt von sehr großer Bedeutung. An Euch liegt es, wenn ein großer Theil des Arbeiter- und des Mittelstandes in Unkenntniß seiner Lage und seiner Interessen dahinsinkt und nicht die hohe Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts erkennen lernt.

Thut daher Eure Schuldigkeit und wirkt, um Aufmerksamkeit zu schaffen, mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln!
Ferner machen wir Euch auf Folgendes besonders aufmerksam. Wie Jeder weiß, ist es bei der vorigen Wahl zum deutschen Reichstage dadurch zu vielen Unzuträglichkeiten gekommen, daß wohl an den meisten Orten wahlberechtigtere Männer nicht in die Listen eingetragen waren und deshalb ihre Stimme nicht abgeben konnten. Viele haben behauptet, es habe böser Wille zu Grunde gelegen, denn, sagten sie, wenn wir Steuern bezahlen sollen, weiß man uns zu finden u. c. Die Sache liegt aber so: Die Behörden sind befehrt durch das Wahlgesetz. Es heißt im § 8 folgendermaßen: „In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Name und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszuliegen, und ist dies zuvor unter Einreichung auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprüche gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur Diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind."

Da nun die Listen bald aufgelegt werden, so ist es Eure Pflicht, jeden Wähler darauf aufmerksam zu machen, daß es notwendig ist, will er nicht seines Wahlrechts verlustig gehen, dieselben nachzusehen. Sollte der Eine oder Andere am Nachsehen der Listen verhindert sein, so unterzieht Ihr, Freunde, Euch der Mühe, sehr die Listen nach und macht dann diejenigen, welche nicht eingetragen sein sollten, darauf aufmerksam, daß sie innerhalb der bestimmten Frist reklamiren müssen. Scheut auch in dieser Beziehung weder Mühe noch Zeit und seid auf dem Hohen; der Wahlkampf erfordert Muth, Ausdauer und Opferwilligkeit; zeigen wir, daß wir diese Eigenschaften besitzen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Speeche-Beide, im November 1876.
Mit Gruß
Das Central-Wahlcomité.
Für Speeche: Krenzberg, Kosen, Schred.
Für Beide: W. O. F. O. F. O. O.

Erklärung.

Herr Paul Lössen gibt in Nr. 37 des „Vorwärts" vom 1. Dec. die Erklärung ab, daß meine ihn betreffenden Äußerungen auf dem Gothaeer Congreß auf Unwahrheit beruhen.

*) Ohne Schuld der Redaktion verspätet.

Es soll mich freuen, späterhin genauer in Erfahrung zu bringen, daß dieser Vorwurf Berechtigung hat; aber nur erst dann werde ich ihn ruhig hinnehmen. Jetzt darüber Erörterungen anzustellen, halte ich, aus Gründen, die Jedem leicht erkennlich sein werden, für unthunlich.

Frankfurt a/M., 3. December 1876.
Karl Frohme.

Wie wir soeben erfahren, werden die Wählerlisten in Preußen am 10. Dezember ausgelegt. Sozialisten seid auf der Wacht!

Briefkasten
der Redaktion. E. G. in Langendiebach: Die Erlaubniß muß erst eingeholt werden. — H. S. in Staßfurt: Sie haben recht gehört. Unser Briefkasten wird ihnen jetzt unsere Meinung schon kund gethan haben. — K. Erfurt: Die Ihnen die inzwischen erfolgte Berufung bewiesen haben wird, thaten Sie diesmal den Stiebern Unrecht. — H. Dresden: Der fragliche Brief ist angekommen, aber aus Versehen unter die erledigten Papiere gerathen. In den nächsten Tagen wird er beantwortet. Ref. Gr.: Für Sie und Schl. Müllau für die „W.". — F. R. Geseffendorf: Natürlich hat Bemängeln für das Landsturmgesetz gestimmt und natürlich ist er Gründer. Seine größte Sünde dürfte die Hannover-Altenbekenner Eisenbahn sein, damit ist es aber übergenug.

der Expedition. Loges Hannover: Laut Vorstandsbeschl. können nur Annoncen Aufnahme finden, denen der Betrag beiliegt. Klaus Hamburg: Ihre Annonce kam für Nr. 29 leider zu spät.

Quittung. Thbs Gohlis Ab. 6,50. Gebüll Lindenau Ab. 20,25. Schr. 1,78. Rgn Hamburg Ann. 0,50. Gewerkschaft der Holzarbeiter hier Ann. 3,50. Lsg Hannover Ann. 3,50. Rf Neuenhof Ann. 1,50. Rhs Gulda Schr. 3,95. Mhs Ehltingen Ab. 15,00. Spl Bernburg Ab. 6,00. Schr. 3,00. Rgar Segard Schr. 6,50. Schz Reuschensfeld Ab. 3,00. Mr Ebesheim Schr. 3,00. Kbjsh Dresden Ab. 44,00.

Anzeigen re.

Annoncen für die Mittwoch's-Nummer müssen bis Sonntag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag's-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag's-Nummer bis Freitag-Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Altona. Sonnabend, den 9. December, Abends 8 1/2 Uhr, in Koppelmann's Salon: Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. O. Reimer. [30]

Hannover. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am ersten Weihnachtstage ein Familienfest

in den Sälen des Herrn Kanten bestehend in Concert, Ball und Tannenbaum mit Bescherung für Kinder. Diejenigen, die uns mit kleinen Geschenken an den Tannenbaum unterstützen wollen, werden freundlichst gebeten, dieselben an Hrn. Kundolph, Mittelstr. 11, abzugeben. [161] Die Fest-Commission. [270]

Hamburg. Sonntag, den 10. December, Nachmittags 4 1/2 Uhr im Salon zum Roland, erste Jakobstraße Nr. 19: Mitglieder-Versammlung des Korbmacherbundes für Hamburg-Altona-Ottensen.

Tagesordnung: Berathung einer Petition an den Reichstag. [80]

Cöln. Lokale des Herrn Korberg am Hof zur Glode Nr. 14: Große öffentliche Tischler-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Die Organisation des Bundes der Tischler und verwandten Berufsgruppen. Referent Hr. Ferd. Weidemann aus Hamburg. 2) Berichterstatterung der Commission. [73]

Leipzig. Sonnabend, den 9. December, Abends 8 Uhr, Versammlung. Tagesordnung: Abrechnung, Gewerkschaftliches, Aufnahme neuer Mitglieder. [40]

Leipzig. Sonntag, den 10. Decbr., Nachmittags 1/4 Uhr, im Saale des Arbeiterbildungsvereins: Allgemeine Conferenz der Parteigenossen des 13. säch. Wahlkreises.

Tagesordnung: 1) Die Regelung der Agitation; 2) Berathung und Beschließung über Vertheilung von Wahlkreisen und Stimmzetteln. Es ist dringend notwendig, daß sich Parteigenossen aus allen größeren Orten theilnehmen. Im Auftrage des Central-Wahlcomité: Ehr. Hüblich, Vorsitzender. [100]

Leipzig. Sonnabend, den 9. Decbr., Abends 8 Uhr: Versammlung bei Richter, Kolowrat 9. Anträge zum Congreß. D. S. [30]

Vollmarsdorf. Montag, 11. December, Abends 8 1/2 Uhr, in Becker's Restauration (siehe Ecke): Versammlung. Tagesordnung: Vortrag von Hrn. Wittich über deutsches Söldnerwesen. — Zutritt für Jedermann. D. S. [64]

Achtung! Soeben erschien! Die Fackel.

Sozialdemokratisches Wahlflugblatt Nr. 14 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis. Inhalt: An die Parteigenossen! — Liberale Weisheit (Fortsetzung). — Noch ein Beitrag zum Kapitel der Sozialpolitik. — Correspondenz. — Zur Reichstagswahl! — Fackelstunten. — Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkauf erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

Nr. 15 wird Donnerstag 11 Uhr ausgegeben.

Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingeschickt werden muß, beträgt auf 1-4 Expl. 10 Pf., auf 5-8 Expl. 20 Pf., auf 9-16 Expl. 30 Pf. Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.

Bestellungen sind zu machen beim Secretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Verantwortlicher Redakteur: W. Pfeilnacht in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/11 in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.